

„Wachstumskritik“ – Gedanken zu einer seltsamen Debatte

24. MRZ 2012 | PATRICK SCHREINER

t vom Scheitern des neoliberalen und marktradikalen Kapitalismus-Modells greift derzeit eine Debatte Raum, in der die Sinnhaftigkeit oder Möglichkeit von (Wirtschafts-) Wachstum grundsätzlich bestritten wird. In ihr kommen vielfältige Akteure zusammen – etwa Attac, Umweltverbände und -verwaltung, Kirchen, Entwicklungshilfe-Organisationen, linke und rechte Sozialwissenschaften sowie Teile aller etablierten Parteien. Sie vertreten im Wesentlichen zwei Glaubenssätze: Erstens, Wachstum sei ein ungeeigneter Maßstab, um den Wohlstand einer Gesellschaft zu messen. Zweitens, regelmäßiges Wachstum einer Volkswirtschaft sei aus ökologischen Gründen abzulehnen oder aber schlicht unmöglich.

Wachstum und Wohlstand

Nun wird man diesen Behauptungen ein Kernchen Wahrheit nicht absprechen können. Beginnen wir mit der erstgenannten. Tatsächlich gibt es gute Gründe, Wachstum nicht als Indikator für Wohlstand zu verstehen. Auf einen bekannten Gemeinplatz sei kurz verwiesen: Wer einen Verkehrsunfall mit schweren Verletzungen erleidet, wird sowohl durch die Anschaffung eines neuen Autos wie auch durch die Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen zu Wachstum beitragen, von mehr Wohlstand kann aber sicherlich nicht gesprochen werden.

Nun gibt es faktisch aber auch kaum jemanden, der anderes behaupten wollte. Die Aussage, mit Ausnahme der „Wachstumskritiker“ würde alle Welt den (Gewinn an) Wohlstand einer Gesellschaft nur in Form des Wachstums messen wollen, ist schlicht falsch. Ganz im Gegenteil gibt es schon seit Jahrzehnten Bemühungen von verschiedenster Seite, den tatsächlichen Wohlstand einer Gesellschaft zu erfassen – etwa durch Glücksmessung oder durch Nachhaltigkeits- und Sozialindikatoren. Bekannt ist etwa der Human Development Index, der seit 1993 vom UN-Entwicklungsprogramm berechnet wird. Weniger bekannt, aber älter, ist die „World Database for Happiness“, die seit 30 Jahren an der Universität Rotterdam gepflegt wird. Diese Aufzählung ließe sich noch um viele Beispiele ergänzen. Aktuell befasst sich eine Enquête-Kommission des Deutschen Bundestags unter anderem mit geeigneten Wohlstandsindikatoren. Dies ist keineswegs das erste und einzige solcher Gremien – bekannter ist die Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission, die Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy eingerichtet hatte (EWSA 2008; Schumacher 2011).

Wachstum ist also kein Indikator für wachsenden Wohlstand – was aber auch kaum jemand ernsthaft bestreiten würde. Richtig ist allerdings, dass das Wachstum nach wie vor eine wichtige Rolle spielt, um die in einer Volkswirtschaft erbrachten Leistungen zu messen. Und das völlig zu Recht. Auch unser Unfallopfer wird froh sein, in einer Gesellschaft zu leben, die ihm (gegen Bezahlung) nicht nur ein neues Fahrzeug bietet, sondern ihm auch die Pflege-Infrastruktur und das medizinische Personal zur Wiedergenesung zur Verfügung stellen kann. Dies mehrt nicht den individuellen oder gesellschaftlichen Wohlstand, stellt aber volkswirtschaftlich erbrachte Leistungen dar. Diese zu messen, ist nicht nur legitim, sondern für die Gestaltung von Politik auch mehr als notwendig.

Was wächst beim Wachstum?

Auch im zweiten von „Wachstumskritikern“ vorgetragenen Glaubenssatz findet sich durchaus ein Kernchen Wahrheit. Tatsächlich nämlich beanspruchen die Volkswirtschaften zumindest in modernen Industriestaaten die natürlichen Ressourcen weit über Gebühr. Bei genauerer Betrachtung allerdings zeigt sich, dass die Kritik des Wachstums an der entscheidenden Frage der Entwicklung eines umweltverträglicheren Wirtschaftens weit vorbeigeht. Sie tut dies, weil die „Wachstumskritik“ auf einem völlig unzutreffenden Verständnis dessen beruht, was Wachstum überhaupt ist.

Vereinfacht gesagt, ist Wachstum nichts anderes als die Steigerung der eben erwähnten, allerdings in Geld gemessenen Leistungen, die in einer Volkswirtschaft innerhalb eines bestimmten Zeitraums erbracht werden,

verglichen mit den entsprechenden Leistungen eines vorangegangenen Zeitraums. In Fachbegriffen: Wachstum ist die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) einer bestimmten Zeitperiode, etwa einem Quartal oder einem Jahr. Das BIP wiederum erfasst die in Geld gemessenen Marktwerte der in dem genannten Zeitraum produzierten Waren und Dienstleistungen. Schwarzarbeit, andere nicht registrierte Beschäftigung sowie staatliche Leistungen werden durch Schätz- bzw. Ersatzwerte einbezogen. Beim Vergleich des BIP verschiedener Zeitperioden wird zudem die Geldentwertung berücksichtigt.

Anhand dieser recht simplen Beschreibung zeigt sich, was Bruttoinlandsprodukt bzw. Wachstum nicht sind und nicht können:

Erstens, BIP und Wachstum erfassen nicht die Verteilung der produzierten Waren und Dienstleistungen oder der Einkommen.

Zweitens, BIP und Wachstum berücksichtigen nicht die Ergebnisse von Arbeiten, die unentgeltlich etwa in privaten Haushalten oder im Rahmen von Ehrenämtern erbracht werden. Wachstum ergibt sich folglich auch dann, wenn ehemals unentgeltlich hergestellte Waren und Dienstleistungen fortan marktförmig (also gegen Entgelt) produziert werden. Das unten genannte Beispiel A verdeutlicht das.

Drittens, BIP und Wachstum erfassen lediglich in Geld gemessene Werte, sie erfassen nicht die absolute Zahl und Zusammensetzung der marktförmig produzierten Waren und Dienstleistungen. Damit sagt das BIP auch über die Zunahme oder den Rückgang der Waren und Dienstleistungen, die einer Gesellschaft zur Verfügung stehen, nichts aus.

Das BIP bezieht also ausschließlich marktförmig produzierte Waren und Dienstleistungen ein, die in Geldform auf Basis ihrer Marktpreise erfasst werden. Damit stellt es per se keinen Indikator für Ressourcenverbrauch oder für Umweltbelastung dar; es kann folglich durchaus ein schrumpfendes BIP mit steigendem Ressourcenverbrauch oder umgekehrt ein wachsendes BIP mit sinkendem Ressourcenverbrauch geben. (Daher kann unendliches Wachstum auch durchaus mit endlichen Ressourcen einhergehen.)

Zur Veranschaulichung zwei Beispiele für Wachstum bei gleichzeitig abnehmender Umweltbelastung:

A) Während zur klassischen Hausarbeit das tägliche Kochen mindestens einer Mahlzeit gehört(e), nimmt heute das außerhäusige Essen aufgrund der erfreulicherweise steigenden Erwerbsbeteiligung von Frauen zu. Hierdurch wird die ehemals unbezahlte (und damit vom BIP nicht erfasste) Tätigkeit des Kochens zu Hause zunehmend durch die bezahlte, marktförmige Tätigkeit des Kochens etwa in Kantinen und Restaurants ersetzt. Dies steigert das BIP, sorgt also für Wachstum. Zugleich kann das Kochen für eine größere Zahl an Menschen energieeffizienter sein. Eine Küche, die 400 Mahlzeiten pro Tag produziert, dürfte hierfür nämlich insgesamt weniger Energie verbrauchen, als wenn Zutaten für 400 Mahlzeiten in 400 Wohnungen transportiert und auf 400 eigens eingeschalteten Herden gekocht würden.

B) Auch die Behebung von Schäden an der Natur generiert Wachstum. Das macht diese Schäden nicht zu etwas Positivem. Gleichwohl spricht es für die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft, bestimmte ökologische Schäden wieder begleichen zu können. Je größer aber die entsprechenden Anstrengungen einer Gesellschaft sind, desto größer wird – bei ansonsten gleichen Bedingungen – ihr Bruttoinlandsprodukt ausfallen.

Auf ein Beispiel für den umgekehrten Fall wird in der „wachstumskritischen“ Debatte selbst zu Recht immer wieder verwiesen: Die vielerorts in den Industriestaaten abnehmende Belastung von Natur und Umwelt ist überwiegend darauf zurückzuführen, dass die Schadstoffe emittierende Produktion größtenteils in Entwicklungs- und Schwellenländer abgewandert ist. Der Beitrag dieser Produktion zum Bruttoinlandsprodukt ist hierdurch gesunken – und zwar sowohl in den Industriestaaten als auch (angesichts der weit geringeren Arbeitskosten in den Zielstaaten) global. Führt man sich die meist höheren Umweltstandards in den Industriestaaten sowie die längeren Transportwege vor Augen, so dürfte die ökologische Gesamtbilanz dieser Verlagerungen aber äußerst negativ sein.

Dieses Beispiel zeigt überdies: Wer unter Verweis auf die „Grenzen des Wachstums“ pauschal und undifferenziert etwa das Ende der energie- und rohstoffintensiven Industrieproduktion in Deutschland fordert, wird zwar das Wachstum mindestens bremsen, die globalen Umweltbelastungen allerdings deutlich erhöhen.

„Postwachstum“

Einen methodischen, systematischen und zwingenden Nexus zwischen dem statistischen Indikator „Wachstum“ und dem Ressourcenverbrauch bzw. der Umweltbelastung gibt es also nicht. Nun werden „Wachstumskritiker“ an dieser Stelle allerdings einwenden, dass ja Folgendes historisch nachgewiesen werden könne: Je höher das Bruttoinlandsprodukt sei, desto größer falle tendenziell die Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen aus. Diese Beobachtung ist (zumindest auf Basis gesamtwirtschaftlicher Aggregatdaten) durchaus zutreffend. Nach der gleichen Logik allerdings lässt sich auch hieb- und stichfest nachweisen, dass mit abnehmender Population der Störche die Zahl der Babys gesunken ist – trotzdem wird niemand ernsthaft behaupten, Störche seien für Babys ursächlich verantwortlich. Statistische Zusammenhänge (Korrelationen) sagen schlicht nichts über Ursachen (Kausalitäten) aus.

Ungeachtet dessen steht die Forderung nach einer „Postwachstumsgesellschaft“ oder „Postwachstumsökonomie“ im Zentrum der aktuellen „wachstumskritischen“ Debatten – die Forderung nach einem Ende oder einer Umkehr des Wachstums also. „Wohlstand ohne Wachstum“ und „Postwachstumsgesellschaft“ lauten folgerichtig die Titel zweier wirkmächtiger Bücher zum Thema (Jackson 2011; Seidl/Zahrnt 2010). Und obwohl „Wachstumskritiker“ bisweilen gerne den Eindruck erwecken, ihre Thesen seien neu, betitelte der Club of Rome schon 1972 seinen einflussreichen Bericht mit „Die Grenzen des Wachstums“ (Meadows/Meadows et al. 1972). Dies stand wiederum selbst in einer „wachstumskritischen“ Tradition, für die sich Beispiele etwa in der Bibel, bei Aristoteles, in der (nach-) mittelalterlichen Moralphilosophie und in der politischen Ökonomie des 19. Jahrhunderts finden.

Die pauschale und undifferenzierte Forderung nach einem Ende des Wachstums interessiert sich nicht dafür, in welchen Bereichen eine Volkswirtschaft schrumpfen soll. Sie interessiert sich auch nicht dafür, wo eigentlich – erstens – Umweltzerstörung und Ressourcenverbrauch in welchem Ausmaß stattfinden und ob – zweitens – bestimmte Maßnahmen gegen das Wachstum tatsächlich zu einem geringeren Ressourcenverbrauch führen. Schrumpfung gilt ihr faktisch als Selbstzweck. Statistische Zusammenhänge sind ihr wichtiger als Kausalitäten.

Wer vor diesem Hintergrund schlicht eine Begrenzung oder Umkehrung des Wachstums fordert, sieht sich drei unbequemen (und vermutlich nicht gewollten) Konsequenzen gegenüber:

Erstens droht er oder sie, statistischen Taschenspielertricks aufzusitzen. Die Forderung vieler „Wachstumskritiker“ nach mehr Ehrenamt und Selbstversorgung bedeutet nämlich nichts anderes als die Weiterführung bisher am Markt erbrachter Produktion fernab des Marktes. Umweltfreundlicher wird das Produzieren dadurch nicht, seine Produkte fließen lediglich nicht mehr in die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts ein.

Zweitens liegt der Ressourcenverbrauch schon heute weit jenseits des Verträglichen, so dass selbst ein gewisser Rückgang des BIP nicht viel helfen würde. „Wachstumskritik“ droht hier den Blick auf das tatsächlich Notwendige zu verstellen, nämlich die Entwicklung und Durchsetzung umweltverträglicherer und ressourceneffizienterer Produkte und Produktionsverfahren.

Eine dritte und noch sehr viel gravierendere Konsequenz der pauschalen und undifferenzierten Forderung nach einem Ende des Wachstums ist, dass damit argumentationslogisch auch ökologisch sinnvolle Projekte, Entwicklungen und Investitionen in Frage gestellt werden – denn auch sie steigern das BIP und damit das Wachstum. Hier wäre beispielhaft zu verweisen auf

die oben schon erwähnte Behebung von Schäden an Natur und Umwelt,

Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel,

die Erforschung erneuerbarer Energien und die Investitionen in entsprechende Anlagen,

die Steigerung der Ressourcen- und Energieeffizienz, sowie

die Erhöhung von Recyclingquoten bis hin zu geschlossenen Rohstoff-Kreisläufen.

Diese Liste ließe sich beträchtlich erweitern.

Sehr viel klüger, als Wachstum zu verdammen, wäre es hingegen, genau zu prüfen, weshalb in bestimmten Bereichen Wachstum tatsächlich mit steigendem Ressourcenverbrauch einhergeht – und zu überlegen, in

welchen Bereichen Wachstum zukünftig in welcher Form stattfinden soll. Eine solche Politik schließt Vorgaben – auch ordnungsrechtlicher Art – durchaus ein, denn in der Tat haben Unternehmen von sich aus kein Interesse, Schäden und Kosten zu reduzieren, die sie auf die Gesellschaft überwälzen können. Notwendig ist überdies die Intensivierung von Forschung, Entwicklung und Investitionen in ökologisch nachhaltige Produkte und Produktionsverfahren. Und es braucht nicht zuletzt einen Ausbau von – gerade auch öffentlichen – Dienstleistungen: Ihre Produktion ist vergleichsweise ressourcensparend; so liegt ihr Energieverbrauch in Deutschland nur bei einem Viertel von jenem des Produzierenden Sektors (relativ zur Bruttowertschöpfung).

Wer aber eine solche Differenzierung vornimmt, der spricht nicht mehr von den Grenzen des Wachstums, sondern von qualitativem Wachstum. Von einem Wachstum, das nicht bedingungslos gesteigert wird, sondern das in gesellschaftlich und ökologisch sinnvollen Bereichen stattfindet. Dieses erfordert zweierlei: Erstens, mit einem Wirtschaftsmodell zu brechen, das primär auf deregulierte Märkte setzt – denn den Märkten als solchen ist die ökologische Frage ebenso egal wie die soziale. Und zweitens, mit der Vorstellung zu brechen, ein „Ende des Wachstums“ an sich sei die Lösung für die anstehenden ökologischen oder gar sozialen Herausforderungen und Probleme.

Soziale Implikationen

Ein solches qualitatives Wachstumsmodell muss auch reflektieren, wie eine Gesellschaft sozial gestaltet werden kann. Denn mit dem notwendigen ökologischen Wandel der Industriegesellschaften wird die Frage der Verteilung deutlich an Bedeutung gewinnen. Auf einige Gründe hierfür sei kurz und beispielhaft verwiesen:

Maßnahmen zur Behebung von Umweltschäden, zur Anpassung an den Klimawandel und zur ökologischen Erneuerung der Produktion wie auch des Konsums sind mit Kosten verbunden. Hier stellt sich unmittelbar die Frage, wer diese Kosten in welchem Umfang zu tragen hat.

Die wachsende Bedeutung der Besteuerung von Ressourcenverbrauch führt zu einer stärkeren Besteuerung des Konsums und damit zu einer stärkeren indirekten Besteuerung gerade mittlerer und niedriger Einkommen.

Einige Unternehmen und Produktionszweige drohen wegzubrechen. Hier können gute, tariflich gebundene und mitbestimmte Arbeitsplätze verlorengehen.

Gerade neu entstehende Unternehmen und Produktionszweige hingegen weisen in vielen Fällen eine geringere Tarifbindung und schlechtere Strukturen der Mitbestimmung auf.

Die allermeisten „Wachstumskritiker“ aber sind blind sowohl gegenüber den sozialen Implikationen ihrer Debatte als auch gegenüber den sozialen Herausforderungen des ökologischen Wandels. Die Frage nach Löhnen und Verteilung blenden sie aus – oder sie beantworten sie gar mit einem „Weniger ist mehr“. Das gilt keineswegs nur für rechtskonservative ExponentInnen wie etwa Meinhard Miegel, der „wachstumskritisch“ das alte und falsche Lied vom Ende der Finanzierbarkeit des Sozialstaats singt (Miegel 2011). Es gilt auch für eher linke ExponentInnen wie Nico Paech, dessen Antwort auf die soziale Frage alleine in einem Verweis auf Subsistenzwirtschaft, Urban Gardening und Nachbarschaftshilfe besteht (Paech 2009).

Die einzige Umverteilung, die in der „wachstumskritischen“ Debatte ernsthaft diskutiert wird, ist jene der radikalen Umverteilung und Verkürzung der Arbeitszeit mit dem Ziel, auf diese Weise das Wachstum zu bremsen oder umzukehren. Nun mag man aus gewerkschaftlicher Sicht einer Verkürzung der Arbeitszeit im Grundsatz zwar mit Sympathie gegenüberstehen. Stutzig machen sollte allerdings, dass die Frage eines Lohnausgleichs seitens der „Wachstumskritiker“ kaum thematisiert wird. Viele Beschäftigte arbeiten heute 40 Stunden bei einem Stundenlohn von fünf oder sieben Euro. Wie diese Kolleginnen und Kollegen sich und ihre Familien zukünftig bei halbiertes Arbeitszeit und gleichem Stundenlohn durchbringen sollen, bleibt das Geheimnis der „Wachstumskritiker“. Sonderlich interessiert hieran zeigen sich diese Angehörigen einer gesättigten Mittelschicht mit ihren gut dotierten Hochschul-Stellen und Referentenposten jedenfalls nicht.

Letztlich wird man die Frage einer ökologisch nachhaltigeren Produktion und die Frage der sozialen Umverteilung nicht voneinander trennen können. Pauschale und undifferenzierte „Wachstumskritik“ ist allerdings das Letzte, was es bei der sozialen und ökologischen Umgestaltung unserer Gesellschaften braucht: Diese Kritik vermag weder die ökologische noch die soziale Problematik zu erfassen, mit der wir konfrontiert sind. Und auch Lösungen stellt sie nicht bereit.

Dieser Text erschien zuerst in: WISO-Info 1 (2012) (Link)

Literatur

EWSA Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (2008): Stellungnahme zum Thema "Jenseits des BIP – Messgrößen für nachhaltige Entwicklung". In: Amtsblatt der Europäischen Union vom 30.04.2009. S. 53-59.

Jackson, Tim (2011): Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt. München.

Meadows, Donella/ Meadows, Dennis et al.: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart 1972.

Miegel, Meinhard (2011): Exit. Wohlstand ohne Wachstum. Berlin.

Paech, Nico (2009): Eine Ökonomie jenseits des Wachstums. In: Einblicke 49 (2009). S. 24-27.

Pennekamp, Johannes (2011): Wohlstand ohne Wachstum. Ein Literaturüberblick. In: MPIfG Working Paper 1 (2011).

Seidl, Irmi/ Zahrt, Angelika (Hg., 2010): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Marburg.

Schumacher, Jan (2011): Alternative Methoden der Wohlfahrtsmessung. Einordnung und Bewertung. In: kfw Akzente 42 (2011).

verdi Bundesvorstand (Hg.) (2011): Sozial-ökologischer Umbau statt pauschaler Wachstumskritik. Kontroversen um das Wachstum. In: Wirtschaftspolitische Informationen 2 (2011).

Patrick Schreiner ist Gewerkschafter und Publizist aus Bielefeld/Berlin. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören Wirtschaftspolitik, Verteilung, Neoliberalismus und Politische Theorie.

URL: <https://www.blickpunkt-wiso.de/post/wachstumskritik-gedanken-zu-einer-seltsamen-debatte--43.html>

PDF erstellt am: 16.10.2019